

Meldungen

zusammengestellt von Ahmed Fazl

Jute-Organisation vor Aus

Nachdem westliche Geldgeber die Zahlung von Geldern an die 'International Jute Organization' (IJO) drastisch zurückgefahren haben, steht die der UN angeschlossene Organisation vor dem Aus. Die IJO wurde 1984 in Dhaka gegründet, um den Absatz von Jute zu fördern und der wachsenden Konkurrenz chemischer Ersatzmaterialien entgegenzuwirken.

Bangladesh, Indien, China und Nepal sind die Hauptproduzenten und Exporteure von Jute. In Bangladesh, dem weltweit größten Produzenten, sind schätzungsweise 30 Millionen Menschen direkt oder indirekt von dem Naturprodukt abhängig.

Angeblich haben sich Großbritannien, die Niederlande und Finnland gegen eine Erneuerung des existierenden Abkommens ausgesprochen. Als Gründe dafür führten sie die Ineffizienz der Organisation an, sowohl die Interessen der Konsumenten, als auch der Produzenten

wirkungsvoll zu vertreten. Das Abkommen selbst ist am 11. April abgelaufen. Offensichtlich unterstützt das Gros der EU-Staaten eine Auflösung der Organisation.

Das leitende Gremium der IJO hat auf einem Treffen am 10. April in Dhaka die Hoffnung geäußert, daß die westlichen Staaten ihre Position überdenken könnten, sollte es gelingen, die Organisation effektiver zu strukturieren und die Interessen aller Beteiligten zu berücksichtigen.

Der andere große Jute-Exporteur Indien war im letzten September in die IJO zurückgekehrt, nachdem man der Organisation für einige Jahre den Rücken zugekehrt hatte. Jute selbst wächst vorwiegend auf überschwemmten Feldern während der Monsunzeit. Die Anbaufläche ist jedoch in den letzten Jahren aufgrund schwindender Marktanteile immer weiter geschrumpft.

Von der IJO wird erwartet, daß sie zum einen die traditionellen Verwendungszwecke von Jute fördert, zum anderen aber auch neue Absatzmärkte für

die ökologische Naturfaser erschließt.

Bekämpfung der Armut

Am 3. April hat die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) mit Bangladesh ein historisches Abkommen zur Bekämpfung der Armut abgeschlossen, bei dem bis zu 500 Millionen Dollar an Konzessionen geknüpfte Darlehen jährlich in Projekte in den Bereichen Ernährung, Gesundheit und Bildung fließen sollen.

Das Partnerschaftsabkommen der ADB mit Bangladesh ist das Erste seiner Art in Südasien, einer Region mit der enormen Zahl von 900 Millionen absolut Armer. Initiiert wurde das Abkommen zwischen dem Finanzminister Bangladeshs, Shah A.M.S. Kibria, und dem ADB-Präsidenten Tadac Chino. Die Vertragsparteien haben sich mittel- und langfristige Ziele gesetzt, um u.a. Kindersterblichkeit, Unterernährung und Defizite in der Bildung zu bekämpfen.

Als einer der Hauptempfänger weicher Darlehen durch die ADB ist Bangladesh mit einem Pro-Kopf-Einkommen von



Viel Geld der Asiatischen Entwicklungsbank soll zur Bekämpfung der Armut ausgegeben werden (Foto: Walter Keller)

333 US-Dollar einer der Staaten, in dem die Bekämpfung der Armut oberste Priorität besitzt. Durch das Abkommen soll bis 2005 der Anteil Armer auf 35 und bis 2010 auf 25 Prozent gesenkt werden.

Hasina gegen vorgezogene Wahlen

Die Premierministerin des Landes Sheikh Hasina hat den geforderten, vorgezogenen Neuwahlen eine Absage erteilt und dabei der Opposition vorgeworfen, ihre 45-monatige Regierung durch illegale Maßnahmen aus dem Amt drängen zu wollen. Die Wahlen zum Parlament werden nach Hasina demnach wie geplant im Juni 2001 — nach Beendigung der fünfjährigen Legislaturperiode der säkularen Mitte-Links-Regierung — stattfinden.

Seit Januar hat die Opposition, angeführt von der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP), immer wieder zu Streiks aufgerufen und der Regierung ökonomisches Fehlverhalten, eine Mitschuld an der steigenden Kriminalitätsrate sowie repressives Verhalten der Opposition gegenüber vorgeworfen. Die BNP-Führerin Begum Khaleda Zia scheint entschlossen, die Regierung Hasina zu Fall zu bringen und vorgezogene Neuwahlen zu erzwingen.

Atomteststoppabkommen ratifiziert

Nach der Ratifizierung des Atomteststoppabkommens (CTBT) Anfang März hat sich Bangladesh unter die Staaten eingereiht, die für eine nukleare Abrüstung weltweit eintreten. Bangladesh ist somit der erste Staat Südasien; der dieses Abkommen ratifiziert; unterzeichnet wurde der Vertrag bereits 1996.

Mittlerweile haben 155 Staaten das Abkommen unterzeichnet, aber erst 53 Staaten haben den CTBT ratifiziert.

Hafenarbeiter-Protest

Tausende protestierender Hafenarbeiter haben am 10. März im südöstlichen Chittagong den wichtigsten Seehafen Bangladeshs lahmgelegt. Die Gewerkschaften hatten zu diesem Streik aufgerufen, um gegen ein amerikanisches Unternehmen zu protestieren, welches in der Nähe der staatlich betriebenen Hafenanlage 500 Millionen Dollar für einen Containerhafen investieren will. Die Hafenarbeiter befürchten, daß das von der Regierung abgesegnete private Investitionsvorhaben zur Entlassung von 30.000 Werftarbeitern führen wird.

Häßliche Stadtansichten für Clinton "bereinigt"

Hunderte von Straßenkindern wurden

aus den Hauptstraßen Dhakas vertrieben und Slums entlang der Wege verwüstet, durch Soldaten, paramilitärische Truppen und Polizisten, die man mit Blick auf den Clinton-Besuch in Bangladesh extra hat aufmarschieren lassen.

Den Menschen, die auf den Bürgersteigen "wohnen" müssen, wurde befohlen woanders zu kampieren, da die Regierung — entlang der Wegstrecke des amerikanischen Präsidenten — einen frischen Hausanstrich und das Entfernen politischer Graffiti angeordnet hatte. Die städtischen Behörden hatten zusätzliche Arbeitskräfte angestellt, um Müll aus der Stadt zu entfernen und die Straßen zu fegen. "Die Einwohner Dhakas wurden gebeten, zu kooperieren, um vor der Clinton-Visite eine saubere Stadt zu schaffen", gestand Bürgermeister Mohammed Hanif.

Dies war der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten seit die pakistanische Ostprovinz 1971 unabhängig wurde.

Schulkinder in vielfarbigen Uniformen säumten — die Flagge Bangladeshs schwenkend — die 12 Kilometer lange Route vom Flughafen zum Stadtzentrum Dhakas, um Clinton zu begrüßen. Ominöse militante Islamisten ließen "Feuer-Knaller" explodieren, um gegen den Besuch zu protestieren. Die Straßen, die Clinton passierte, waren gesperrt und Demonstrationen verboten. Mehr als 8.000 Polizisten hatte man von außerhalb Dhakas rekrutiert, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Parlamentssitzung unterbrochen

Das nationale Parlament von Bangladesh unterbrach am 6. April seine erst kurz währende Sitzung, da die Opposition zum Rücktritt der Mitte-Links-Regierung um Premierministerin Sheik Hasina aufgerufen hatte. Parlamentspräsident H.R. Chowdhury verkündete die Unterbrechung des von Hasinas 'Awami League' dominierten Plenums auf unbestimmte Zeit, nachdem das Ein-Kammer-Parlament bereits vier Gesetze ohne vorherige Debatte verabschiedet hatte, einschließlich einer reformerischen Ergänzung zu einem früheren Anti-Terrorismus-Gesetz, welches den Gerichten mehr Kompetenzen verlieh, Angeklagte gegen Kautions freizulassen. Eine Vier-Parteien-Allianz, angeführt von der größten Oppositionspartei — der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) — hatte Pläne verkündet, zu einem zwölfstündigen landesweiten Generalstreik am 13. April aufzurufen, um eine Kampagne zum Sturz der amtierenden Regierung zu eröffnen.

Die rechtsgerichtete Allianz der Oppositionsparteien, welche die Regierung des Machtmißbrauchs und des Misma-

agements bezichtigt, fordert frühzeitige Neuwahlen unter einem neutralen Interimspremierminister. Die Oppositionsabgeordneten, zu denen auch Islamisten gehören, boykottierten auch die letzte Parlamentsrunde, die am 28. März beginnen sollte.

Tote bei Examensunruhen

Mindestens neun Personen wurden getötet und 50 andere verletzt, als es während der Abschlußprüfungen an den Oberschulen zu gewaltsamen Unruhen kam. Zuvor waren über 7.000 Studenten von den Prüfungen ausgeschlossen worden, weil man sie des Betrugs bei Englisch-Tests am 2. März, dem Eröffnungstag des viertägigen Examens, überführt hatte.

Die Gewalt entzündete sich in der südlichen Sakhira-Zone und im östlichen Comilla-Distrikt, nachdem die Behörden Zwangsmaßnahmen ergriffen hatten, massenhaftes Kopieren in den Prüfungen zu unterbinden.

Ungefähr ein Million Oberschüler, fast die Hälfte davon weiblich unterzogen sich dem Examen, um damit die Zugangsberechtigung zu einem Universitätsstudium zu erwerben. Die Prüfungen wurden in 844 Zentren abgehalten, verteilt auf Groß- und Mittelstädte sowie Dörfer, selbst in abgelegenen Gebieten im Norden und Südosten des Landes.

Zeugen sprechen von sechs Personen, einschließlich zweier Studenten und einem Schullehrer, die in einer von der Polizei begangenen Hetzjagd getötet wurden. In einem Prüfungszentrum für über 1.630 Studenten in einer abgelegenen Stadt namens Kulaura in der Sakhira-Zone.

340 Kilometer südlich von Dhaka waren Polizisten von den Schulbehörden angefordert worden, weil Oberschüler, die gegen die Konfiszierung von Büchern und Lösungs-Manuskripten für ihre Prüfungen protestierten, begonnen hatten, das Examenzentrum zu demolieren.

Zwei weitere Oberschüler und ein Schulangestellter wurden im Chowwara-Zentrum im Comilla-Distrikt, 170 Kilometer von Dhaka, getötet. In der benachbarten Stadt Chandina wurden 14 Personen verhaftet, weil sie Prüfungskandidaten mit Antworten auf Prüfungsfragen versorgt hatten.

Gewaltsame Ausschreitungen wurden für ein Dutzend anderer Städte im ganzen Land vermeldet. Die höchste Zahl von Prüfungsausschlüssen von 2.830 Oberschülern erfolgte in der nördlichen Rajshahi-Zone. Hier wurden einige Dutzend Lehrer suspendiert, weil sie angeblich Schüler beim unzulässigen Kopieren unterstützt hatten.